



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 545 Anfrage Özvegyi András und Mit. über den Vergleich mit anderen Kantonen betreffend Mittel im Förderprogramm Energie 2021 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 545 und das Postulat P 576 von András Özvegyi über Förderprogramm Energie 2021 erhöhen – für Wirtschaft und Klima werden als Paket behandelt. András Özvegyi ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 576 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. András Özvegyi hält an seinem Postulat fest. Michael Kurmann beantragt teilweise Erheblicherklärung.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion war sehr gespannt auf die Stellungnahme zum dringlichen Postulat P 576. Jetzt haben wir die Antwort und sind enttäuscht über den Ablehnungsantrag. Der Regierungsrat argumentiert allein mit finanzpolitischen Gründen. Das ist ein Goal. Was ist mit der Klimapolitik, mit der Wirtschaftspolitik und mit der Planungssicherheit in der Krise? Das wären drei Goals. Ich möchte die Stellungnahme des Regierungsrates verstehen, kann es aber nicht. Wie kann man sich derart hinter finanzpolitischer Korrektheit verstecken? So kommen wir nie zu einem Erfolg. Das ist wie wenn der FCL seine Goals selbst annullieren würde wegen möglicher Offside-Positionen. So würde der FCL nie einen Cupsieg holen. Wir haben 2020 schon über das Förderprogramm Energie gesprochen. Es stand damals vier Monate lang still. Ich wiederhole nicht mehr die Nachteile, die daraus erwachsen sind. Das wurde damals bei den Postulaten P 250 und P 366 alles schon gesagt. Wir waren damals wegen der Krise beim Budgetprozess noch unsicher, und so hat der Kantonsrat eher vorsichtig budgetiert. Seit der Festlegung dieses Budgets ist aber einiges passiert. Erstens: Wir hatten 2020 einen Überschuss von 200 Millionen Franken. Wir bringen die Investitionen nicht raus, und das in der Krise. Zweitens: Wir haben die Antworten auf die Anfrage A 545 und sehen, wo der Kanton Luzern steht. Er steht im Vergleich mit den anderen Kantonen zuhinterst. Drittens: Wir wissen, dass die anderen Kantone ständig ihre Beiträge erhöhen und so beim Bund Fördergelder abholen. Wenn wir hier passiv bleiben, fließt unser Steuerfranken in andere Kantone ab statt zurück in unseren Kanton. Viertens: Wir haben den Entwurf des Klimaberichts erhalten. Darin steht die Wichtigkeit des Förderprogramms Energie. Der Kantonsbeitrag soll sich auf 8 Millionen Franken erhöhen. Dann können wir doch nicht gleichzeitig 2021 einen Stillstand des Programms einleiten. Das ist unglaublich und nicht zu verantworten. Fünftens: Es hat mich gefreut zu lesen, wie die CVP und die FDP in der Berichterstattung zum Klimabericht gestern zitiert wurden. Die FDP will die Klimapolitik Schritt für Schritt angehen. Die CVP möchte eine schnellere Gangart einschlagen, beispielsweise beim Ersatz von Heizungen in Gebäuden. Perfekt, das Energieförderprogramm ist genau dafür da, um Schritt für Schritt ohne Unterbruch die heutige Gangart aufrechtzuerhalten. Wir haben jetzt und heute die

Chance, den Stillstand 2021 zu verhindern und die Anmeldung beim Bund mit höheren Eigenmitteln noch rechtzeitig zu machen. Der Regierungsrat braucht von uns einen Auftrag. Das Argument der korrekten Finanzpolitik ist ein Punkt. Wirtschaftspolitik, Klimapolitik und Planungssicherheit sind drei Punkte. Meine weiteren Argumente sind noch einmal drei bis fünf Punkte. Das gibt einen Stand von sechs zu eins. Heute ist Überschusstag der Schweiz. Ab heute lebt die Schweiz auf Kosten zukünftiger Generationen. Es wäre ein schönes Zeichen, jetzt Ja zu sagen und den Stillstand des Energieförderprogramms 2021 abzuwenden. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Michael Kurmann: Wir danken der Regierung für die Beantwortung der Anfrage und des Postulats. Theoretisch gut aufgegleist, praktisch ungenügend umgesetzt – so könnte man die Situation um das vorbildliche Energiegesetz und die Umsetzung zum Beispiel mit dem Energieförderprogramm des Kantons Luzern bezeichnen. Der unrühmliche drittletzte Platz bei den Pro-Kopf-Beiträgen für das Energieprogramm ist das eine, der grosse Abstand in der absoluten Höhe zu den anderen Kantonen das andere. Bereits nach dem ersten Quartal ist über ein Drittel der Mittel für das Energieförderprogramm dieses Jahres reserviert oder ausbezahlt, dies obwohl die kantonalen Mittel für dieses Jahr um 150 Prozent von 0,8 auf 2 Millionen Franken aufgestockt wurden. Wir müssen wirklich befürchten, dass die Mittel wiederum nicht bis Ende Jahr ausreichen. Es ist stossend und unbefriedigend, dass für private Investitionsentscheide nicht über das ganze Jahr entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Dabei muss man auch noch wissen, dass für jeden Förderfranken vom Kanton Investitionen in der Höhe von 5 bis 10 Franken ausgelöst werden, und das oft in der lokalen und regionalen KMU-Wirtschaft. Um den eingesetzten kantonalen Franken bestmöglich zu nutzen, müssen bis Mitte Mai beim Bund die entsprechenden Nachmeldungen gemacht werden. Es stört auch die CVP, wenn wir hier quartalsweise über die adäquate Speisung des Energieförderprogramms debattieren müssen. Wir müssen das Problem zukünftig finanzpolitisch zufriedenstellend lösen. Dafür bietet die CVP Hand. Aber wir müssen uns auch an die finanzpolitischen Vorgaben halten. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion erachtet es daher als finanzpolitisch falsch, unter dem Jahr Budgetanpassungen vorzunehmen. Auch wir müssen uns in diesem Rat an das beschlossene Budget halten. Die CVP fordert darum für die verbleibenden Monate des Jahres 2021 die Prüfung, ob innerhalb des Globalbudgets der Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) Mittel zugunsten des Energieförderprogramms verschoben und so noch zusätzliche Mittel beim Bund reserviert oder bezogen werden können. Im Sinn dieser Ausführungen beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Peter Fässler: In der Vernehmlassung zum Planungsbericht Klima und Energie heisst es unter Punkt 6.8 Vorbild Kanton Luzern: «In Bezug auf die Erreichung der Klimaziele kommt dem Kanton eine wichtige Vorbildrolle zu.» Das trifft offenbar beim Förderprogramm Energie in unserem Kanton nicht zu. Dabei liegt gerade im Bereich der Energiesanierungen ein sehr grosses und unumstrittenes Potenzial zur Erreichung unserer Klimaziele. Von der angestrebten Vorbildfunktion des Kantons sehe ich in der Antwort auf die Anfrage A 545 nichts. Im Gegenteil, steht doch unser Kanton im Vergleich zu den 25 anderen Kantonen beim Kantonsbeitrag pro Einwohnerin und Einwohner schon sehr weit hinten, nämlich an drittletzter Stelle. Dass wir hier noch «Optimierungspotenzial haben» (Zitat Antwort Regierungsrat), hört sich doch sehr zynisch an, das sicher auch in den Ohren der Gesuchsteller für Förderbeiträge, welche dann vermutlich ab Oktober wiederum leer ausgehen werden ganz nach dem Motto: Der frühe Vogel fängt den Wurm. Doch Rettung aus dieser Blamage ist in Sicht und möglich. Auch späte Vögel sollen noch zu ihren Würmern kommen, nämlich in Form des Postulats P 576. Ich hoffe sehr, dass der Kantonsrat dem Postulat zustimmt. Es ist der letzte Moment dazu, die Fördermittel auf ein erträgliches Mass zu erhöhen. Leider ist das im AFP- und Budgetprozess nicht gelungen. Die Vorschläge der Kommission Raumplanung und Energie (RUEK) sind in der federführenden Kommission nicht berücksichtigt worden. Die Förderbeiträge sind nicht verpufftes Geld. Jeder gesprochene Franken steht für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für Innovationen, aber auch für einen effizienten Klimaschutz. Dies sind alles Punkte, die für die Zukunft des Kantons Luzern

essenziell sind, und zwar jetzt sofort, denn das Klima wartet nicht auf uns, bis auch der drittletzte Kanton einsieht, dass er das Tempo aufdrehen muss. Darum stimmt die SP-Fraktion dem Postulat P 576 klar zu.

Korintha Bärtsch: Auch András Özvegyi legt eine gewisse Hartnäckigkeit an den Tag, wenn es um das Energieförderprogramm geht. Wir unterstützen das aber voll und ganz. Seiner Anfrage ist eine interessante Statistik zu den Beitragshöhen des Energieförderprogramms im Vergleich zu den anderen Kantonen beigelegt worden. Man kann es nicht anders sagen: der Kanton Luzern schliesst im Vergleich zu den anderen Kantonen «grotteschlecht» ab. Er belegt den 24. von 26 Plätzen. Das wichtigste Ziel, nicht der letzte Kanton zu sein, haben wir zwar erreicht, aber wenn wir uns mit unserem fortschrittlichen Energiegesetz und dem Klimabericht immer rühmen, lässt einen das schon ein wenig nachdenklich werden. Platz 24 von 26 ist nicht vorbildlich, und die Grünen und Jungen Grünen erwarten für die Zukunft der Klimapolitik im Kanton Luzern etwas anderes. Zu den Gründen, warum es so weit gekommen ist, führt der Regierungsrat in seiner Antwort aus, dass in den letzten Jahren die finanziellen Mittel im Kanton Luzern sehr beschränkt gewesen seien und nicht mehr Gelder für das Energieförderprogramm zur Verfügung gestanden hätten. Für die G/JG-Fraktion ist das jedes Mal eine verpasste Chance. Der Franken im Energieförderprogramm ist nämlich nicht immer 1 Franken geblieben, wie das in anderen Bereichen der Fall ist, sondern wenn man 1 Franken einsetzt, dann sind 2 Franken vom Bund dazukommen, und am Schluss hatte man total 3 Franken. Andere Kantone haben das verstanden, sie haben selber mehr Geld eingesetzt und sind so zu viel höheren Beiträgen gekommen. Leider gehört der Kanton Luzern nicht dazu. Zum Postulat: Zur Forderung, dass wir 2021 mit einem erfolgreichen Energieförderprogramm und der Wirtschaftsförderung weitermachen können, kann ich nur sagen: Never change a winning team. Warum sollte man die Massnahme des erfolgreichen Förderprogramms gefährden? Wenn man für einen Marathon trainiert, hört man auch nicht einfach nach fünf Wochen auf, macht vier Wochen Pause und fängt dann wieder mit dem Training an. Man zieht das Training durch, denn nur so kann man den Effort erreichen, den man braucht. Beim Energieförderprogramm ist es genau gleich. Wenn wir aufhören, verunsichern wir die Bevölkerung und die Unternehmen. Wir sind uns alle darin einig, dass wir beim Klimaschutz vorwärtskommen wollen. Dazu braucht es Planungssicherheit und eine verbindliche Zusammenarbeit der Akteure, welche die erforderlichen Massnahmen umsetzen. In diesem Fall sind es sanierungswillige Gebäudebesitzerinnen und Gebäudebesitzer und Unternehmerinnen und Unternehmer. Diese müssen wir ins Boot holen. Die G/JG-Fraktion will die erfolgreiche Partnerschaft nicht aufs Spiel setzen und im September nicht abrupt mit dem Energieförderprogramm aufhören. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats.

Pius Müller: In der Vorbemerkung zur Antwort auf die Anfrage zeigt die Regierung klar den Ablauf der globalen Finanzhilfen auf. Im Förderprogramm 2021 werden es gemäss beschlossenen Budget des Parlaments 2 Millionen Franken sein. Im Benchmark 2021 verbessert sich der Wert des Kantons Luzern von 1,99 auf 4,84 Franken pro Einwohner. Somit befindet sich der Kanton Luzern im Mittelfeld der Kantone. Aus Sicht der SVP sind Förderprogramme richtig und wichtig, aber im Ausmass der Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die Auswirkungen der Pandemie werden uns im Kanton Luzern noch viel Geld kosten. Hier appelliert die SVP wieder einmal an die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung, das heisst nicht nur Sanierungen an Objekten zu tätigen, wenn Fördergelder vom Staat fliessen. Hauseigentümer und Immobilienbesitzer investieren heute schon sehr viel Geld in sanierungsfähige Objekte ohne Fördergelder. Aber bei immer neuen erhöhten Gebühren und Abgaben, die den Eigentümern und Investoren aufgebürdet werden, überlegen sich diese, die Sanierungen zu stornieren. Ich denke da an das bald zur Abstimmung kommende CO<sub>2</sub>-Gesetz. Es darf nicht mehr passieren, dass für Fördergelder angemeldete Objekte mit der Ausführung der Arbeiten von September 2020 bis Ende Dezember 2020 zwischen Stuhl und Bank fallen. Solche Projekte müssen zwingend Anfang des laufenden Jahres auf der Warteliste der zur Auszahlung bewilligten Fördergelder

aufgeführt werden. Das Postulat lehnt die SVP-Fraktion ab. Das Parlament hat das Budget für das Jahr 2021 vorgegeben und mit einer Aufstockung von 1,2 Millionen Franken verabschiedet. Eine Erhöhung über die 2 Millionen Franken hinaus wurde im Aufgaben und Finanzplan (AFP) 2021–2024 abgelehnt. Die SVP hält sich an die Vorgaben und die bewilligten eingestellten Fördergelder im AFP 2021–2024. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Andreas Bärtschi: Und täglich grüsst das Murmeltier ... – einen ähnlich lautenden Antrag haben wir bereits in der PFK-Beratung letzten Herbst diskutiert. Der damalige Kommissionspräsident Armin Hartmann hat an der Oktober-Session verkündet, dass der Antrag in der Kommission mit 12 zu 4 Stimmen abgelehnt wurde. Das hat leider nicht verhindert, dass dann auch in der AFP-Debatte im Rat noch einmal ein Antrag dazu gestellt wurde. Der Antrag von Korintha Bärtsch wurde ebenfalls deutlich abgelehnt. Jetzt, ein halbes Jahr später, sprechen wir schon wieder über das gleiche Thema. Erneut geht es um eine zusätzliche Erhöhung der Beiträge im Energieförderprogramm. Die Betonung liegt auf «zusätzlich», denn für das laufende Jahr wurde der Beitrag bereits mehr als verdoppelt. Es wird von Verlässlichkeit gesprochen, doch wo bleibt die finanzielle Verlässlichkeit? Wenn wir einen deutlichen Entscheid der Planungs- und Finanzkommission (PFK) und auch einen deutlichen Entscheid unseres Rates bereits ein halbes Jahr später wieder auf den Kopf stellen, dann stellt sich schon die Frage, wieso wir unsere Verwaltung, die PFK und auch unseren Rat mit einem Budgetprozess bemühen, wenn wir bereits nach vier Monaten wieder daran herumschrauben. Mit dem äusserst positiven Jahresergebnis 2020 hat der Kanton Luzern zum ersten Mal, seit ich auf der Welt bin, keine Nettoschulden. Dieser Umstand ist zwar erfreulich, darf uns aber nicht dazu verleiten, unsere verlässliche und langfristige Finanzstrategie aus den Augen zu verlieren. Mit einschneidenden und harten Massnahmen in den vergangenen Jahren konnten wir die finanzielle Ausgangslage des Kantons Luzern verbessern. Diese verbesserte Ausgangslage wird nötig sein, um die künftigen finanziellen Herausforderungen anzupacken. Der Postulant hat vom FCL und einem möglichen Cuperfolg gesprochen. Aber auch sportlicher Erfolg basiert auf einer langfristigen Strategie und Verlässlichkeit und nicht auf irgendwelchen Hüftschüssen. Und täglich grüsst das Murmeltier ... – so hartnäckig wie hier mit jeder erdenklichen Möglichkeit versucht wird, das Budget zu erhöhen, so hartnäckig halten wir an unserer Finanzpolitik fest. Eine unterjährige Erhöhung lehnt die Mehrheit der FDP-Fraktion ab. Auch die teilweise Erheblicherklärung lehnen wir ab.

Daniel Piazza: Ja, es mag eine finanzpolitische Faust aufs Auge sein. Warum bin ich trotzdem der Meinung, dass es gute Gründe gibt, warum es wichtig und richtig ist, diese Faust einzufangen und diesem Postulat zuzustimmen? Anders als bei den Budgetdiskussionen, die wir vor rund einem halben Jahr geführt haben, ist erstens die Planungssicherheit für private Investoren bezüglich Energiesanierungen aller Art nach der zweiten, für die Wirtschaft und das Gewerbe noch schlimmeren Welle wichtiger geworden, zweitens entfaltet sich eine Multiplikatorwirkung, und drittens ist die antizyklische, positive Wirkung der Investitionen nach der erneuten Pandemiewelle seit der letzten Debatte noch wichtiger, als wir das im Herbst erahnen konnten. Lassen Sie uns aus diesem Grund dafür sorgen, dass das Geld im Luzerner Energieförderprogramm wenigstens noch einige Monate länger ausreicht.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Förderprogramm Energie ist eine Erfolgsgeschichte. 2020 hat der Kanton Luzern insgesamt 8,5 Millionen Franken zugesichert und damit über 1400 Projekte unterstützt. Das oberste Ziel des Förderprogramms ist eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien für Wohn-, Büro- und Industriegebäude. Die Massnahmen bilden ein wichtiges Element bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen des Kantons Luzern auf netto null bis 2050. Sie sind somit ein wichtiges Element der kantonalen Klima- und Energiepolitik. Für 2021 ist die Nachfrage ungebrochen hoch. Auch wenn wir jetzt mehr Mittel zur Verfügung haben, ist ein gewisser Aufholbedarf nach der Zeit von Ende Jahr 2020 feststellbar. Für 2021 wurde der Kantonsbeitrag um 1,2 Millionen

Franken gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Jahr 2022 soll der Beitrag gemäss AFP weiter erhöht werden. Im nächsten AFP wird die Regierung dies definitiv Ihrem Rat vorschlagen. Gleichzeitig soll das Förderprogramm ab 2022 auch inhaltlich zusammen mit Branchenverbänden und Fachleuten weiterentwickelt werden, wobei natürlich ehrlich gesagt werden muss, dass der Rahmen des Budgets effektiv auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms abgestimmt werden muss. Wir haben nämlich das Förderprogramm des letzten Jahres inhaltlich praktisch geringfügig verändert, und trotzdem ist die Nachfrage ungebrochen hoch. Die Bundesgelder für das kantonale Förderprogramm Energie stammen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe, die der Bund auf fossile Brennstoffe wie Heizöl oder Erdgas erhebt. Mit dem Förderprogramm fliesst ein Teil der Abgaben wieder zurück in den Kanton. Damit wird das Gewerbe gestärkt, das mit ökologisch sinnvoller Technologie seine Wertschöpfung erzielt. Nebst den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern sowie den Mieterinnen und Mietern profitiert eben auch die Baubranche. Es ist richtig, dass wir nicht ausschliessen können, dass die Mittel bereits wieder vor Ende Jahr aufgebraucht sind. Das hat auch letztes Jahr zu Unmut geführt. Dieses Jahr wird man aber besser darauf vorbereitet sein, weil man damit rechnen muss, dass das passiert. Aus finanzpolitischen Gründen hat die Regierung klar gesagt, dass wir ein Budget haben, das Ihr Rat genehmigt hat. Ihr Rat hat auch zum damaligen Zeitpunkt über eine Erhöhung befunden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es wird als Aufgabe der Regierung erachtet, dass wir eben unsere Budgetziele einhalten, die mit Ihrem Rat vereinbart sind. Vielleicht noch zum Antrag auf teilweise Erheblicherklärung der CVP: Der Saldo des Globalbudgets der Uwe betrug im Jahr 2020 13,8 Millionen Franken. Wenn ich jetzt wie vom Postulat gefordert 1,25 Millionen Franken umverteilen müsste, dann müsste ich die 1,25 Millionen irgendwo anders einsparen. Wir könnten bei der Kartierung der Fruchtfolgeflächen einsparen – da hat aber die Bevölkerung kürzlich darüber abgestimmt – und bei Gewässern, Ressourcen oder anderen Umweltschutzthemen. Wenn ich so viel Luft im Budget hätte, dann würde ich das natürlich gerne machen. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, Luft ins Budget zu nehmen. Wir müssen ehrlich und effizient budgetieren, darum ist der Antrag auf teilweise Erheblicherklärung aus meiner Sicht sehr schwierig umzusetzen. Ich beantrage Ihnen im Namen der Regierung, das Postulat abzulehnen.